N i e d e r s c h r i f t
der 5. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota)

am:	28.11.2019	Ort:	Sitzungssaal des Rathauses
Beginn:	17.30 Uhr	Ende:	20.50 Uhr

anwesende Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

Lars Kolan	Bork Lange
Wolfram Beck	Sabine Minetzke
Paul Bruse	Jens Richter
Andreas Dommaschk	Sven Richter
Thomas Fischer	Andreas Rieger
Andrea Freimann	Peter Rogalla
Christian Jungnickel	Dr. Steffen Sternberger
Benjamin Kaiser	Frank Selbitz
Martin Kunze	Martin Würfel

entschuldigte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

Patrick Bierwagen	Dr. Inis Schönfelder
Reinhard Krüger	Marco Sell
Peter Schneider	

anwesende Verwaltungsangestellte:

Marita Merting	René Kalkowski
Petra Streiber	Steffen Bergmann
Anja Rasch	Dörthe Ziemer
Saskia Albrecht	Bert Dörre
	Nicole Müller

anwesende Ortsvorsteher/Ortsbeiratsmitglieder:

Carolin Penk	Marcus Wrege
Wolfgang Klinkmüller	Hans-Jörg Schacht
Torsten Schade	Thomas Nakonzer

Öffentlicher Teil:

TOP 1 – Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung der Beschlussfähigkeit

Herr Rogalla begrüßt alle Anwesenden, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Es sind 18 stimmberechtigte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung anwesend.

Herr Rogalla beglückwünscht nachträglich Frau Dr. Schönfelder, Herrn Schneider und Herrn Jens Richter zu ihren Geburtstagen und wünscht alles Gute.

TOP 2 – Bestätigung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung gibt es keine Einwendungen. Herr Rogalla weist auf das Rederecht der Vertreter der AWO, des Büros Nagler & Dieck und des Werkleiters der SEL hin. Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

TOP 3 – Einwohnerfragestunde

Herr Schade, Ortsvorsteher von Treppendorf, übergibt Unterlagen mit Anmerkungen für das heutige Protokoll. Er übergibt Herrn Kolan das Brückentagebuch der Berstebrücke Treppendorf mit markierten Absätzen und Fotos. Besonders wichtig ist ihm der Abschlussbericht des Ingenieurbüros Prokon, in dem auf fehlende Flucht- und Gehwege hingewiesen und die Brücke als nicht verkehrssicher eingestuft wurden (u.a. wegen Brüchen in der tragenden Konstruktion). Herr Schade übergibt weiterhin einen Gesetzesbeschluss der Bundesregierung über die Abschaffung des Passus des Unfallschwerpunktes, um Kommunen die Einrichtung von Geschwindigkeitsbegrenzungen zu erleichtern. Er bittet, mit dem Straßenverkehrsamt darüber zu sprechen und Forderungen aufzumachen. Er stellt die Frage in den Raum, warum einerseits von Prävention gesprochen wird, andererseits erst etwas passieren muss, um Maßnahmen zu ergreifen. Außerdem übergibt Herr Schade Unterlagen zur Schulwegsicherung nach § 20 StVO hinsichtlich Bushaltestellen, um damit ein Handeln zu forcieren. Schließlich übergibt Herr Schade sein Antwortschreiben zur Thematik Heideweg, mit welchem hoffentlich eine reelle Betrachtung der Situation bzw. seines Antrages stattfindet.

Herr Rogalla empfiehlt nach Rücksprache mit dem Hauptausschussvorsitzenden, dass sein Antwortschreiben Gegenstand der Fachausschusssitzungen wird, da es mehrere Sachgebiete betrifft.

Herr Kolan dankt Herrn Schade für sein vehementes Engagement für den Ortsteil, insbesondere bezüglich der Berstebrücke. Da angesprochen wurde, die Verwaltung zum Handeln bewegen zu wollen, stellt Herr Kolan klar, dass die Stadt mit ihren Initiativen beim Straßenverkehrsamt an Grenzen gestoßen ist; insoweit hilft Input seitens des Ortsteiles der Argumentation. Das Brückentagebuch ist Herrn Kolan nicht bekannt. Es ist zu prüfen, inwieweit daraus Schlussfolgerungen zu ziehen sind.

Herr Schacht, Ortsvorsteher von Radensdorf, nimmt Bezug auf ein Gespräch am 14.08. beim Baubetriebshof zu den Urnenstelen. Der Baubetriebshofleiter sicherte zu, dass bis 24.11. zumindest das Fundament für die Stelenwand fertig ist. Weder diese Baumaßnahme noch eine Information dazu sind erfolgt. Am 8.10. hatte Herr Schacht Kontakt mit dem Unternehmen Matthäi, dem ausführenden Baubetrieb für den Dorfanger und den Wegebau. Das Unternehmen teilte mit, dass vor dem 28.10. kein Baubeginn sein wird. Von einer Mitarbeiterin dieses Unternehmen erfuhr er, dass vor Februar 2020 kein Baubeginn sein wird. Herr Schacht weist auf die Informationspflicht des Ortsbeirates gegenüber den Radensdorfer Bürgern hin. Bereits in der Anfangsphase der Legislatur wird der Ortsbeirat unglaubwürdig, wenn er keine Kenntnis über Terminverschiebungen hat und Gründe dafür nicht kennt. Herr Schacht fragt, von wem der Ortsbeirat zeitnah verlässliche Informationen zur Verzögerung geplanter Bauvorhaben unabhängig von einer Nachfrage erhält.

Herr Kolan bietet an, mit ihm persönlich Kontakt aufnehmen zu können, wenn es Fragen gibt. Zur Verzögerung der Errichtung der Urnenstelen räumt er Versäumnisse der Verwaltung ein. Zur Errichtung der Fundamente und zur weiteren Abarbeitung dieser Maßnahmen sagt Herr Kolan zu, sich kurzfristig mit Herrn Schacht telefonisch in Verbindung zu setzen.

Herr Krombholz, Bürger von Hartmannsdorf, erkundigt sich ebenfalls nach der Errichtung der Urnenwand. Er möchte wissen, was mit den Einnahmen der Verkäufe der Kita und der Feuerwehr passiert ist. Hartmannsdorf hat nun über 700 Einwohner, darunter einen Zuwachs von Kindern. Herr Krombholz fragt, ob mehr für die Kinder getan werden kann, z.B. Aufstellung von Spielgeräten. Schließlich kritisiert er die mangelnde Beleuchtung im Wiesengrund.

Herr Kolan verweist hinsichtlich der Urnenstelen auf seine vorherige Auskunft. Er erklärt, dass dem ehemaligen Ortsbeirat mitgeteilt wurde, dass die Einnahmen aus Verkäufen zur Verfügung stehen. Entsprechende Anträge des Ortsbeirates zur Verwendung können an die Stadt gestellt werden.

Herr Thomas Budich meldet sich zu Wort. Herr Rogalla erinnert, dass er in der Oktobersitzung der Stadtverordnetenversammlung aus einer E-Mail von Herrn Budich, die voll Hass, Anfeindungen, Ehrabschneidungen, Verleumdungen strotzte, zitiert hat. Das städtische Rechtsamt ist der Auffassung, dass die Mitglieder der StVV dies in gewisser Weise über sich ergehen lassen müssten. Als jemand, der demokratische Spielregeln akzeptiert, wird er sich dem beugen. Er bittet jedoch Herrn Budich zu überlegen, mit welchen Spielregeln er agiert.

Herr Budich meint, dass die Aussage von Herrn Rogalla an eine Verleumdung grenzt.

Herr Rogalla unterbricht diese Meinungsäußerung und bittet um Fragestellung.

Herr Budich fragt zum Gewerbeobjekt Weinbergstraße/Ziegelstraße im Ortsteil Steinkirchen, warum die Wegeführung nicht gemäß Planbeschluss umgesetzt wurde, die Anwohner der Ziegelstraße geschädigt und die der Gartenstraße bevorzugt entlastet wurden. Er schätzt ein, dass dort ein Verkehrschaos herrscht und Unfälle sowie eine Gefährdung der Anwohner aufgrund der falschen, planwidrigen Umsetzung auftreten. Des Weiteren fragt er, ob die Stadtverordneten Peter Schneider, Peter Rogalla, Andreas Dommaschk und Reinhard Krüger zu DDR-Zeiten SED-Mitglied, im Verwaltungsapparat oder für das MfS tätig waren. Zum erstgenannten Punkt weist er auf seine Internetseite hin, auf der ein DEKRA-Gutachten mit einem Lösungsvorschlag ersichtlich ist.

Herr Kolan wird den Sachverhalt zum Gewerbeobjekt Weinbergstraße/Ziegelstraße prüfen. Zur Überprüfung von Stadtverordneten hinsichtlich Mitgliedschaft und Tätigkeit für die Staatssicherheit der DDR hat die Stadtverordnetenversammlung keinen Beschluss gefasst. Herr Kolan ist der Meinung, dass man 29 Jahre nach der Wende über diesen Zweifel erhaben sein dürfte. Viele Stadtverordnete, die langjährig Mitglieder der StVV sind, wurden überprüft. Das dürfte aus Protokollen zu ersehen sein.

Herr Rogalla bittet Herrn Budich, ihm keine E-Mails auf seine Adresse zu senden.

TOP 4 – Bericht des Bürgermeisters

Herr Kolan verzichtet aufgrund der langen Tagesordnung darauf, seinen Bericht vorzutragen. Der Bericht wird dem Protokoll angelegt.

TOP 5 – Anfragen zum Bericht des Bürgermeisters

Herr Selbitz fragt, ob es ein positives Signal zur Umgehungsstraße gibt. Er erinnert an die Petitionsveranstaltung im Rathaus, bei der Vertreter der Stadt anwesend waren, und erkundigt sich, ob von Vertretern des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages Informationen über den aktuellen Bearbeitungsstand an die Stadt herangetragen wurden.

Herr Kolan teilt mit, dass die Verwaltung beim Infrastrukturministerium nachgefragt hatte und die Antwort erhalten hat, dass seitens des Bundestagsverwaltung noch nichts kommuniziert wurde. Herr Kolan wird den Stadtverordneten und Herrn Liebsch ein Schreiben übermitteln, das Aussagen zum weiteren Vorgehen zur Ortsumgehung trifft. Die Überarbeitung der Planfeststellungsunterlagen soll 2020 fertig sein.

TOP 6 – Wasserreich Spree, Vorlage 2019/109

Herr Dommaschk hat das Signal aus den Fraktionen erhalten, dass zu dieser Vorlage erheblicher Redebedarf besteht. Daher stellt er für die einbringende Fraktion die Vorlage zurück, um sie in den nächstmöglichen Sitzungen der Fachausschüsse zu beraten.

...
in Fortsetzung

folgend:

TOP 12 – Stellungnahme der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota) zum beschleunigten Zusammenlegungsverfahren im Bereich Steinkirchen-Kockrowsberg, Vorlage 2019/105

Herr Rogalla informiert über die einstimmigen Empfehlungen der Vorlage seitens des Hauptausschusses und des Bauausschusses.

Abstimmungsergebnis: dafür: 17, dagegen: -, Enthaltungen: -

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Lübben (Spreewald)/Lubin (Błota) beschließt, an der Stellungnahme vom 17.01.2013 zum Verfahren der Unterschutzstellung von Naturschutzgebietes (NSG) festzuhalten.

TOP 13 – Umsetzung des Vergabekonzeptes zur Ausschreibung der Dienstleistungen der TKS Lübben (Spreewald) GmbH, Vorlage 2019/110

Herr Kolan nimmt Bezug auf die zuletzt gefassten Beschlüsse zur TKS und auf das Interessenbekundungsverfahren, was zur Beauftragung der Kanzlei Leinemann & Partner mit der Prüfung, inwieweit eine Vergabe organisiert werden kann und welche Prämissen und Maßnahmen hinsichtlich des europaweites Vergaberecht zu beachten sind, führte. Die Kanzlei kommt zum Ergebnis, dass ein Verhandlungsverfahren mit vorgeschaltetem Teilnehmerwettbewerb zielführend sein könnte. Die Stadtverordneten haben angezeigt, dementsprechend handeln zu wollen und dass dafür ein entsprechender Beschluss vorgelegt werden soll. Entgegen der Äußerung aus dem Grundsatzbeschluss ist seitens der Stadtverordnetenversammlung nunmehr eine Beteiligung der TKS nicht mehr gewünscht.

Herr Kolan erinnert, dass er dazu in der Vergangenheit eine gegenteilige Auffassung hatte und würde sich nunmehr nicht weiter äußern.

Herr Dommaschk erklärt, dass die Thematik für die SPD-Fraktion „Neuland“ ist. Er stellt verwundert fest, dass diese Vorlage nicht in den Fachausschüssen besprochen wurde und beantragt, die Vorlage zunächst in den Fachausschüssen im Monat Dezember zu beraten. Sollte dies wegen Einladungsfristen nicht mehr möglich sein, sollte die Fachausschussberatung im Januar erfolgen.

Herr Kolan kann nicht abschließend einschätzen, was diese Verzögerung bedeuten würde. Im Falle der Zustimmung zum Antrag sollten ab Januar weitere Verzögerungen vermieden werden.

Herr Kaiser kann die Intension des Herrn Dommaschk nachvollziehen, hat jedoch Bedenken, dass eine Beratung in den Fachausschusssitzungen ausreicht, um alle neuen Stadtverordneten einhundertprozentig ins Benehmen zu setzen. Für eine Beratung in den Fachausschüssen müsste die Verwaltung bis Januar die Thematik mittels eines Zeitstrahls und bei Benennung der Intensionen der Stadtverordneten, diesen unkonventionellen Weg gehen zu wollen, für die neuen Stadtverordneten aufarbeiten. Nur diese Vorlage in den Ausschüssen zu beraten, würde sicherlich für die neuen Stadtverordneten nicht ausreichen, um eine gute fachlich fundierte Entscheidung zu treffen. Bei Zusicherung des Bürgermeisters, diese Aufbereitung bis Januar vorzulegen, könnte Herr Kaiser dem Antrag zustimmen.

Herr Kolan teilt mit, dass der zuständige Sachbearbeiter ab 1. Januar nicht mehr zur Verfügung steht. Dennoch wird die Verwaltung sich bemühen, die gefassten Beschlüsse den Stadtverordneten komprimiert zur Verfügung zu stellen.

Herr J. Richter findet, dass sich die Stadtverordneten in der letzten Legislatur bereits viel Zeit für diese Angelegenheit genommen haben und sieht keine Mehrheit dafür, den Weg nicht wie besprochen weiter gehen zu wollen. Die Informationen sollen natürlich an die neuen Stadtverordneten gegeben werden, aber er denkt, dass es auch nach Beratung in den Aus-

...